

In der Diskussion wurde deutlich, dass jenseits der groben Modellskizze eine große Anzahl von rechtlichen Detailfragen interessiert. Skepsis war dabei nicht zu überhören. Es gab aber auch kräftiges Lob für den Versuch einer neuen Steuerung der Hochschule, die programmatisch den Staat zurücknimmt, ihn aber nicht entlässt.

Kontrovers – Ein Streitgespräch um Studiengebühren und Studienkonten

Summary von Karl-Heinz Reith

Studiengebühren, Studienkonten und Strafgelder für langes Studieren kontrovers: Ein engagiertes Streitgespräch am Dienstagabend (27. August) auf der Sommerschule der GEW in Klappholttal auf Sylt machte deutlich, dass das lange umstrittene Thema noch immer nicht vom Tisch ist. Und das trotz der gerade vom Bundespräsidenten unterzeichneten 6. Novelle des Hochschulrahmengesetz, das bundesweit ein gebührenfreies Erststudium garantieren soll. Die Kontrahenten: Auf der einen Seite der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister und Bildungssprecher der SPD-Länder, Jürgen Zöllner. Er ist quasi der „Vater“ des Studienkonten-Modells – Auf der anderen Seite der Chef des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), Detlef Müller-Böling. Er gilt unter den Studiengebühren-Befürwortern als der wesentliche „Motor“ hinter den Kulissen. „Sekundant“ bei diesem Duell war GEW-Vorstandsmitglied Gerd Köhler. Zuvor hatten vor allem die Studenten in Arbeitsgruppen zentrale Fragen zu Sinn und Wirkung von Studiengebühren erarbeitet. Zöllner wies den provozierenden Vorwurf von Studenten zurück, er habe mit seinem Studienkonten-Modell der Einführung von Studiengebühren in Deutschland erst den Weg geebnet. Die zentralen Aussagen des Streitgesprächs:

Zöllner: Es gibt nicht nur bei allen Finanzministern, etlichen Ministerpräsidenten und in allen Parteien einen starken politischen Druck für die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester. Für ihn sei es nicht nachvollziehbar, wenn diese „Realitäten“ nicht wahrgenommen würden. Sein Studienkonten-Modell sei deshalb der richtige Weg, Gebührenfreiheit für das Erststudium und auch in konsekutiven Studiengängen zu sichern. Dabei gehe es nicht mehr darum, ob das Modell in Rheinland-Pfalz eingeführt werde – sondern nur noch um das wie. Geplant sei eine Garantie von 200 gebührenfreien Semester-Wochenstunden, was auch für Master-Studiengänge ausreichend Spielraum sichere.

Müller-Böling: Die Debatte um Studiengebühren ist mit der 6. HRG-Novelle nicht beendet. Gebühren zu verbieten, beendet noch lange nicht die Auseinandersetzung.

Zöllner: Die Novelle ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die zeigt auch die Positionierung der Hochschulrektorenkonferenz, die es jeder Hochschule frei stellen will, Gebühren in jeder beliebigen Höhe zu erheben.

Müller-Böling: Es gibt in Deutschland in den Parteien eine breite Koalition, die jetzt in Langzeitgebühren das Heil sucht. Dies ist kein guter Weg. Besser sind Studiengebühren von Anfang an. Voraussetzung für die Einführung von generellen Studiengebühren ist aber, dass eine keine sozialen Ausgrenzungen gibt. Das soll etwa durch Stipendien- oder Darlehensmodelle erreicht werden.

Zöllner: Wenn man sieht, wie lange es gedauert hat, bis das BAföG nach dem Kahlschlag durch die Kohl-Regierung 1983 wieder in Ordnung gebracht worden ist, muss man erhebliche Zweifel am Zustandekommen eines vernünftigen Stipendienmodells hegen. Man kann die angestrebten Reformziele an den Hochschulen auch ohne Studiengebühren verwirklichen. Aber auch Studienkonten sind in seinem Modell Bestandteil eines Anreizsystems bei der Hochschulfinanzierung.

Müller-Böling: Bildung ist natürlich ein öffentliches Gut – aber der Einzelne hat von seinem Studium auch privaten finanziellen Nutzen. Wenn ein Abiturient mit anschließendem Studium im Endeffekt 150 000 Euro mehr Lebenseinkommen erzielt als ein Abiturient ohne Studium, kann er dafür auch 4000 Euro Studiengebühren aufbringen.

Anmerkung des Verfassers: Dabei bleibt allerdings die Tatsache unerwähnt, dass für diese 150 000 Euro Mehreinnahmen auch der Staat mindestens 50 000 Euro mehr an Steuereinnahmen bekommen hat. Der gesellschaftliche Nutzen wird dabei ebenfalls nicht beziffert.

Zöllner: Studiengebühren sind wissenschaftsfeindlich. Wenn beispielsweise ein Spitzen-Absolvent der Wirtschaftswissenschaften aus armem Elternhaus nach dem Studium schon einen Berg von Schulden hat, wird er auf jeden Fall in die Wirtschaft gehen, um die Schulden zurückzahlen zu können. Auf die Promotion und einen weiteren Weg in der Wissenschaft muss er dann verzichten.

Müller-Böling: Die Wissenschaft geht weiter, die Welt geht nicht unter, wenn Studiengebühren eingeführt werden. Auch in Ländern mit Studiengebühren ist die Studierquote höher als in Deutschland. Studiengebühren müssen nicht zwangsläufig zu einer geringeren Studienbeteiligung führen.

Markt und Mode

Summary von Frank Mussmann

Die öffentliche Forschungslandschaft Deutschlands befindet sich mitten in einem tiefgreifenden Reorganisationsprozess. Institute, Einrichtungen und Prozesse werden von Grundförderung und relativer Selbstorganisation auf Projekt- und Programmförmigkeit umgestellt. Damit hält die „Seuche der Befristung“ endgültig im öffentlichen Forschungsbereich Einzug: Während Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der privaten Forschung („Industrieforschung“) bei Bewährung nach relativ kurzer Zeit Karriere machen können, müssen sie in der öffentlichen Forschung zunehmend um ihre Befristung bangen. „Wie soll das öffentliche System da bestehen?“ – so eine der zentralen Fragen von Dr. Dirk Hartung, Betriebsratsvorsitzender der Max-Planck-Gesellschaft (MPG).

Die Sommerschulen der GEW haben die Entwicklung der außeruniversitären Forschung regelmäßig zum Thema gemacht und sie in ihren verschiedenen Stadien begleitet. Schon früh wurden Fragen nach der gesellschaftlichen Relevanz von Forschung gestellt, die unstrukturierte Indienstnahme von Forschungsergebnissen durch private Interessen kritisiert und rationale, demokratische Steuerungskriterien eingefordert.

So wundert es nicht, dass die aktuellen Reformvorhaben des BMBF auch im Prinzip gutgeheißen werden: Endlich werde der ernsthafte Versuch unternommen, die Forschungsförderung am gesellschaftlichen Bedarf auszurichten; beispielsweise steuern in den 15 Einrichtungen der Helmholtzgemeinschaft aktuell sechs globale Programme die Arbeit der Institute. Gewerkschaftliche Gestaltungsansätze der Vergangenheit sehen sich in der aktuellen Programmforschung insofern bestätigt; um die Formulierung der Ziele wurde in den letzten Jahren denn auch heftig und konstruktiv gestritten. Problematisch sind daher auch nicht die (demokratisch bestimmten) Programmziele, sondern vielmehr die Methoden der Umsetzung und die Gefahr der Übersteuerung.

Dadurch, dass die Grundfinanzierung immer weiter zurückgeschraubt wird, droht z. B. in den Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) jeglicher Vorschlagsvorlauf verloren zu gehen. Das Know-how verschleißt sich, ohne das Neues erarbeitet werden könnte. Und auch die Max-Planck-Institute haben es zunehmend schwerer, ihrem Auftrag der Grundlagenforschung vor diesem